

Änderungsanträge der Emanzipatorischen Linke  
zum Bonner Parteitag DIE LINKE



## INHALT

|   |    |
|---|----|
| Änderungsanträge der Emanzipatorischen Linke zum Antrag L. 1.: Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre..... | 4  |
| Änderungsantrag L.1.1.1.....  | 4  |
| Änderungsantrag L.1.1.4.....  | 5  |
| Änderungsantrag L.1.68.....   | 5  |
| Änderungsantrag L.1.69.4.....   | 5  |
| Änderungsantrag L.1.79.3.....   | 8  |
| Änderungsantrag L.1.79.4.....   | 9  |
| Änderungsantrag L.1.80.3.....   | 9  |
| Änderungsantrag L.1.97.2.....   | 9  |
| Änderungsantrag L.1.97.3.....   | 9  |
| Änderungsantrag L.1.98.....   | 9  |
| Änderungsantrag L.1.104.....  | 10 |
| Änderungsantrag L.106.1.....  | 10 |
| Änderungsantrag L.1.112.....  | 10 |
| Änderungsantrag L.1.117.....  | 10 |
| Änderungsantrag L.1.121.....  | 10 |
| Änderungsantrag L.1.134.2.....  | 11 |
| Änderungsantrag L.159.4.....  | 11 |
| Änderungsantrag L.1.162.....  | 11 |
| Änderungsantrag L.1.172.2.....  | 11 |
| Änderungsantrag L.1.204.....  | 11 |
| Änderungsantrag L.1.211.2.....  | 12 |
| Änderungsantrag L.229.2.....  | 12 |
| Änderungsantrag L.1.418.....  | 12 |
| Änderungsantrag L.1.1972.1.....   | 12 |
| Durch die Ema.Li unterstützte Anträge der Genossin Sabine Berninger (Thüringen):.....   | 13 |
| Änderungsantrag L.1.224.....  | 13 |
| Änderungsantrag L.1.242.....  | 13 |
| Änderungsantrag L.1.250.....  | 13 |
| Änderungsantrag L.1.290.....  | 14 |
| Änderungsantrag L.1.292.....  | 14 |
| Änderungsantrag L.1.312.....  | 14 |
| Änderungsantrag L.1.316.2.....  | 14 |
| Änderungsantrag L.1.472.....  | 15 |

|                                 |    |
|---------------------------------|----|
| Änderungsantrag L.1.495.....    | 15 |
| Änderungsantrag L.1.501.....    | 15 |
| Änderungsantrag L.1.567.1. .... | 15 |
| Änderungsantrag L.1.623.....    | 16 |
| Änderungsantrag L.1.663.....    | 16 |
| Änderungsantrag L.1.715.1. .... | 16 |
| Änderungsantrag L.1.715.2. .... | 16 |
| Änderungsantrag L.1.1037.....   | 17 |
| Änderungsantrag L.1.1122.. .... | 17 |
| Änderungsantrag L.1.1882.....   | 17 |
| Änderungsantrag L.1.2003.....   | 17 |
| Änderungsantrag L.1.2053.....   | 18 |
| Änderungsantrag L.1.2125.....   | 18 |

## ÄNDERUNGSANTRÄGE DER EMANZIPATORISCHEN LINKE ZUM ANTRAG L.1.

### ÄNDERUNGSANTRAG L.1.1.1.

Antragsheft 1, Seite 43 – 91, Zeilen 1 - 2301:

Das gesamte Programm wird mit \* gegendert.

Um sicherzustellen, dass alle Menschen gleichermaßen genannt und dadurch mitgedacht werden, wird unser Wahlprogramm nicht binär-geschlechtlich formuliert und darum in unserem Wahlprogramm der Gender-Star benutzt. Wir sprechen also in unserem Wahlprogramm zukünftig von z.B. Arbeiter\*innen, Student\*innen, Kindergärtner\*innen, Soldat\*innen, Politiker\*innen.

#### **Begründung:**

Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass ein Wahlprogramm der Partei DIE LINKE in nicht Binär-Geschlechtlicher Sprache formuliert ist.

Dabei geht es nicht um eine ritualisierte Stilübung in Political Correctness, sondern darum, unserem Anspruch gerecht zu werden, die Beseitigung der Diskriminierung von Transsexuellen, Transgender- und intersexuellen Personen als unverzichtbaren Bestandteil linker Politik selbstverständlich auch zu leben.

Durch den Gender-Star werden Menschen in die Sprache unseres Wahlprogramms mit einbezogen, die sich nicht in ein binäres System der Geschlechter einordnen können oder wollen und es wird (Selbst-)Definitionen Raum gegeben. Transsexuelle, Transgender- und intersexuelle Personen werden so nicht mehr unsichtbar gemacht und diskriminiert.

Dabei gilt aber auch: Gleichberechtigung aller in der Sprache über das binär-geschlechtlich System hinaus – ebenso wie Gleichberechtigung aller im Allgemeinen – gibt es nicht umsonst. Wenn wir für unser Wahlprogramm nicht binär-geschlechtliche Sprache nutzen, müssen wir bewusst mit Sprache umgehen und die Bereitschaft haben, uns mit Geschlechtern und impliziten Zuschreibungen an Geschlechter auseinanderzusetzen

Sprache ist lebendig und individuell und wird auch so genutzt. Dennoch sollte es unser Anspruch sein, das Wahlprogramm auf geschlechtsneutrale Sprache und Inhalte hin zu überprüfen. Wie in unserem Bundestagswahlprogramm-Entwurf bereits formuliert wurde: »Die Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit – die Anforderung der Gesellschaft, sich unzweifelhaft als Frau oder Mann zu definieren – grenzt aus. Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken, Frauen, Männer, Trans\* Menschen und Intersexuelle gleichzustellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. [...] Wir unterstützen Maßnahmen und Angebote, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins zielen.« auf Seite 84, Z. 2394-2432. Wenn wir dies tun wollen, sollten wir es auch in der Sprache tun. Es muss uns darum gehen, sprachlich unsichtbare Menschen sichtbar zu machen.

Wir verwenden eine Sprache ohne Geschlechtszuweisungen, weil Sprache durch ihren großen Einfluss auf unser Denken und unsere Wahrnehmung die Gesellschaft mit formt. Wer nur von „Arbeitern“, „Erziehern“ und „Experten“ spricht, fördert indirekt die Vorstellung, nur Männer seien gemeint. Wer nur von „Arbeiterinnen und Arbeitern“, „Erzieherinnen und Erziehern“ oder „Expertinnen und Experten“ spricht, fördert indirekt die Vorstellung, es gäbe nur Frauen und Männer und auch nur diese seien gemeint. Mit einer solchen Sprachwahl wird entsprechend auch das Denken über die Existenz von binären Geschlechtern nachhaltig bestimmt. Um alle Menschen gleichberechtigt in der Sprache sichtbar zu machen, schreiben wir beispielsweise „Arbeiter\*innen“.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.1.4.**

Antragsheft 1, **Seite 43, 45 in Zeilen 1-2 sowie Zeilen 66-67**

ersetzen durch:

Europa geht anders. Solidarisch, sozial, friedlich und demokratisch.

#### **Begründung:**

Der ursprüngliche Text enthält zu wenig Vision, sagt nicht, wohin wir mit der EU wollen. Außerdem besteht die Gefahr, beim Halbsatz "gegen eine Europäische Union" den darauffolgenden Satzteil "der Millionäre" zu überlesen bzw. überlesen zu wollen. Wir wenden uns nicht gegen die EU, wir wollen eine andere EU.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.68.**

Antragsheft 1, Seite 45, Zeile 68

ersetzen durch:

Für eine EU der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens.

#### **Begründung:**

Das Wort Einleitung wird durch den Sprechenden Text „Für eine EU der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens.“ ersetzt." Einleitung" als Überschrift enthält Null Vision und sagt nicht, wohin wir mit der EU wollen.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.69.4**

Antragsheft 1, **Seite 45 bis 48, in Zeile 69-229**

ersetzen:

**Für eine EU der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens.**

**Die EU ist heute undemokratisch:** Das EU-Parlament ist den demokratisch kaum legitimierten Gremien Rat und Kommission massiv unterlegen und kann weder eine politische Regierung wählen noch auf eigene Initiative Gesetze beschließen. Durch die fehlende europäische Öffentlichkeit besteht ein großer Einfluss der Lobbyist\*innen. Die zentralen Verträge der EU schreiben eine Wirtschaftspolitik fest, die vielen Menschen schadet und nur wenigen nutzt, und können durch das Einstimmigkeitsprinzip auf demokratischem Weg faktisch nicht geändert werden.

**Die EU ist heute zu tiefst ungerecht:** In den Verträgen sind Sozial- und Steuerdumping festgeschrieben. Freiheit ist in erster Linie Freiheit für das Kapital – und die Warenflüsse. Auflehnung gegen die kapitalistische (neoliberale) Orthodoxie – wie für ein halbes Jahr in Griechenland – wird im Keim erstickt. Das verschärft soziale Ungleichheit und Wut und wirkt so als Katalysator der Spaltung zwischen den Menschen in Europa, wo es eigentlich Vereinigung braucht.

**Die EU ist heute zunehmend militarisiert:** Durch das Mittelmeer und die Grenzschutzagentur Frontex schotten sich die EU und ihre Mitgliedsländer ab und verwandeln die Grenze in ein Grab für Tausende. Gleichzeitig verschärfen sie die Ursachen für Flucht durch – inzwischen auch europäische – Militäreinsätze im Ausland. Nicht zuletzt wurde als Kooperation fast aller EU Länder im vergangenen Jahr die europäische Militärunion PESCO gegründet, die ihre Mitglieder zur Aufrüstung verpflichtet.

**Die EU ist unökologisch:** Die EU hat sich als unfähig erwiesen, Natur und Klima als Lebensgrundlage aller und als Voraussetzung für ein soziales Europa anzuerkennen und zu schützen. Seit der Gründung der EU wurden Schutzmaßnahmen gar nicht oder nur unzureichend umgesetzt, um kapitalistischen Profit- und Lobbyinteressen nicht im Wege zu stehen. Die Natur wird als Kapital verwertet und ihre Gemeinnützigkeit wird der Produktivität unterworfen. Folgen sind der Rückgang der biologischen Vielfalt durch die Zunahme konventioneller Land- und Forstwirtschaft, die Degradierung von Lebensräumen und der Rückgang von nichtmateriellen Leistungen der Natur zum menschlichen Wohlergehen. Die Konsequenzen treffen uns alle, am härtesten jedoch die Ärmsten: Wasserverknappung, Luftverschmutzung, Überschwemmungen, Verdrängung von Einwohner\*innen und Lebensmittelvertierung. Während die Profite dieser Verwertung privatisiert werden, werden die Risiken vergesellschaftet. Eine soziale Transformation Europas kann folglich nur eine ökologische sein.

**So wie die Europäische Union ist, darf sie nicht bleiben.**

Wir sehen die Hilflosigkeit und den Egoismus der EU-Mitgliedstaaten angesichts der Eurokrise, der Flüchtlingsbewegungen und anderer Herausforderungen. Wir sind überzeugt, dass die Rückbesinnung auf die Nation keine Antwort auf all diese Probleme ist. Die Frage ist, wieso diese Probleme vor allem der Europäischen Union und nicht dem nationalen Egoismus der (meist konservativen) Regierungen in den Mitgliedsländern angelastet werden? Wir wollen deren Fehler nicht im europäischen Maßstab wiederholen. Was wir an Nationalstaaten kritisieren, schließt die EU ein: Administrative und kulturelle Abgrenzung nach außen; wirtschaftliche, außenpolitische und militärische Großmachtambitionen sind nichts für uns.

Eine EU, die solidarischer, sozialer, friedlicher und demokratischer ist, bringt die einzelnen Staaten Europas zusammen und lässt sie die Probleme gemeinsam angehen.

Heute gibt es viele Menschen innerhalb und außerhalb der EU, die ihre Hoffnungen mit der europäischen Integration verbinden. Sie erleben, wie Faschisten und Nationalisten die EU und Europa zerstören wollen, wie ein gefährlicher Nationalismus um sich greift. Viele fühlen sich angesichts der Entwicklung in Europa an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert, an zwei durch Nationalismus hervorgerufene Weltkriege. Sie befürchten, dass die Geschichte sich bei einem Auseinanderbrechen der EU wiederholt. Spätestens seit dem Brexit wissen viele Menschen, dass es wichtig ist, die europäische Idee und die EU zu retten. Trotz aller Kritik an der EU ist ihnen klar, dass es eindeutige Vorteile der EU gibt. Tschech\*innen und Italiener\*innen sind inzwischen ganz selbstverständliche Nachbarn der Deutschen – das wäre ohne die Europäische Union wohl kaum so gekommen. Sie wissen auch, dass die europäische Integration in vielen Regionen spürbare wirtschaftliche, rechtliche und soziale Fortschritte gebracht hat.

Mit diesen Menschen sind wir uns einig in dem Wissen, dass der Rahmen, in dem wir uns bewegen, der europäische Raum ist. Unser Streben nach gesellschaftlichen Veränderungen muss immer auch ein Streben nach Veränderungen in Europa beinhalten. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen eine kapitalistische EU und eine kapitalistische Währungspolitik. Mit uns wird es kein Zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währungssouveränität geben.

In einer Zeit, in der nicht nur die EU als Institution von rechts bedroht ist, sondern auch das friedliche Zusammenleben der Menschen auf dem Kontinent Europa, in der Nationalisten nach der Macht in den einzelnen Nationalstaaten, aber auch auf der Ebene des europäischen Parlaments greifen, in der

einzelne Nationalstaaten internationales Recht brechen und die demokratischen und menschenrechtlichen Grundprinzipien ignorieren, braucht es eine starke, einige und entschlossene Linke, die für Europa kämpft.

Wir wollen ein Europa der Solidarität – mit offenen Grenzen nach innen und nach außen, mit Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen selbstbestimmt leben können – unabhängig von Glaube, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir wollen ein Europa, in dem Bildung für alle Menschen zugänglich ist und der Selbstentfaltung und nicht nur der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt dient. Wir wollen ein Europa, in dem die Umwelt nicht den Profitinteressen untergeordnet ist, sondern als Lebensgrundlage aller Menschen anerkannt, geschützt und nachhaltig bewirtschaftet wird.

Wir sind uns in dieser Vision einig. Und auch wenn der Weg zu dieser Vision weit erscheint, werden wir ihn im Sinne Rosa Luxemburgs mit revolutionärer Realpolitik angehen. Wir arbeiten auf einen Bruch hin, aber streiten auch für Verbesserungen im Hier und Jetzt, um uns zu stärken.

### **Europa geht anders!**

- **Unsere linke Vision von einer freien und einigen EU** beinhaltet eine wirkliche europäische Integration statt einer Renationalisierung. Sie beinhaltet das Bekenntnis zum friedlichen Zusammenleben auf diesem Kontinent. Es soll eine EU werden, in der wir völlig selbstverständlich und frei quer durch ganz Europa reisen können. Es soll eine EU werden, in der jeder Mensch sich ohne Einschränkung aussuchen kann, an welchem Ort er leben und arbeiten will.

- **Unsere linke Vision von einer demokratischen EU** beinhaltet eine Stärkung des Europäischen Parlaments vor allem gegenüber den Staats- und Regierungschefs. Sie beinhaltet die Reform des europäischen Wahlrechts, das die Wahlrechtsgleichheit verwirklicht, die direkte Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung und die Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer. Dies sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich europäischen Demokratie.

- **Unsere linke Vision von einer solidarischen EU** setzt auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Denn wir, die wir die Grenzen zwischen Ost und West, Stadt und Land in der Bundesrepublik kritisieren, haben ebenso einen Blick auf die ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd sowie Zentrum und Peripherie in Europa. Ostdeutsche haben aus den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen nach 1990 in besonderer Art und Weise erfahren, was ungleiche Lebensverhältnisse für abgehängte Regionen bedeuten. Die besondere Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen muss deswegen ausgebaut werden, das nützt letztendlich auch den wirtschaftlich stärkeren Regionen.

- **Unsere linke Vision von einer sozialen EU** beinhaltet EU-weite Mindeststandards zum Beispiel bei Beschäftigungsbedingungen oder der Mitbestimmung im Betrieb, geschlechts- und herkunftsunabhängige Löhne, Mindestlohnkorridore oder auch eine EU-weite Arbeitslosenversicherung. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben (soziale Fortschrittsklausel).

- **Unsere linke Vision von einer gerechten EU** verlangt, europa- und weltweite Lösungen im Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel zu finden. Große Probleme erfordern große Lösungen. Eine Steuerpolitik, welche die Steuerflucht wirksam bekämpft und Ressourcen für die soziale Sicherung, öffentliche Daseinsvorsorge und Umweltschutz bereitstellt. Gemeinsame Investitionsprogramme, welche Arbeitsplätze in allen Regionen schaffen und alle an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben lassen. Um diese Ziele zu erreichen, lehnen wir

Freihandelsverträge wie TTIP, CETA und TISA ab, mit denen Beschäftigten- und Verbraucher\*innenrechte eingeschränkt werden.

- **Unsere linke Vision von einer friedlichen EU** wendet sich gegen die zunehmenden Versuche, die EU zu einer global agierenden militärischen Interventionsmacht auszubauen. Die EU muss als globaler Akteur den Interessensausgleich und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, mit Russland, den Staaten des Nahen Ostens und Afrikas organisieren mit dem Ziel, in diesen Ländern nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Diese Aufgaben können überhaupt nur in einer gemeinsamen EU koordiniert und gelöst werden.

- **Unsere linke Vision von einer offenen EU** für alle beinhaltet eine andere Migrations- und Asylpolitik. Die Aufnahme von Menschen und ein humaner Umgang mit ihnen sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Es geht um die Gewährleistung von legalen Fluchtwegen, Schutz und Inklusion. Wir stehen in der Verantwortung, der autoritären Politik und dem in der Mitte der Gesellschaft angekommenen Rechtstrend, die das zivilisatorische Erbe dieses Kontinents insgesamt bedrohen, etwas entgegenzusetzen.

Wir kämpfen für eine Europäische Union der Solidarität, der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens.

Wir sagen: "Europa geht anders!"

**Solidarisch, sozial, friedlich und demokratisch.**

#### **Begründung:**

Wir als Emanzipatorische Linke sagen: Ja, wir kritisieren die Politik der Europäischen Union als undemokratisch, ungerecht, unfriedlich und unökologisch. Das trifft aber mindestens genauso sehr auf die deutsche Politik zu. Daraus ziehen wir für uns den Schluss, dass die deutsche Politik ebenso wie die Politik der Europäischen Union nicht so bleiben darf wie sie ist. Wir wollen, dass DIE LINKE deutlich sagt: „Wir sind nicht gegen die EU, sondern gegen bestimmte Strukturen und eine bestimmte Politik der EU – und wir kämpfen dafür, dass es anders wird.“

Wir sagen: „Europa geht anders. Solidarisch, sozial, friedlich und demokratisch.“

Wir wollen die EU und keine Kleinstaaterei; wir wollen lieber eine unfertige EU als keine EU. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen eine kapitalistische EU und eine kapitalistische Währungspolitik. Mit uns wird es kein Zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währung geben.

Am Ende des Tages wollen wir etwas viel Besseres! Doch das steht bei der Europawahl (noch) nicht zur Abstimmung.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.79.3**

Antragsheft 1, **Seite 45, in Zeilen 79-96,**

ersetzen durch:

Die Europäische Union ist nicht so, wie wir sie wollen. Sie ist nicht mal so, wie sie selbst behauptet. Das "gemeinsame Haus Europa" ist im Fundament erschüttert. Soziale Sicherheit für die Menschen wird als Hindernis für den Wettbewerb verstanden. Dagegen will DIE LINKE einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen eine andere, eine bessere EU. Gemeinsam mit anderen LINKEN Parteien kämpfen wir für einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union. Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen



Union werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet. Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer umfassenden Revision jener vertraglichen Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.79.4**

Antragsheft 1, **Seite 47, in Zeile 79**

nach „wie wir sie wollen.“ einfügen:

Medien und Parteien kolportieren die Migration als Problem, nicht etwa die Enthumanisierung Europas; im Netz nehmen antisemitische Kommentare überhand, und bei Wahlen hat die möglichst schnelle Vertreibung von Menschen soziale Themen verdrängt. In Deutschland wäre die Bundeskanzlerin wegen der Flüchtlingspolitik fast gestürzt worden. In Italien grassiert der Mussolini-Kult, der Mitbegründer der Regierungspartei Fünf-Sterne-Bewegung, Guisepppe Grilo, setzt Fremde mit „TBC, Krätze, Aids und Cholera“ gleich, Victor Orban will Ungarn von „artfremden Kulturen“ säubern. Die Europäische Union ist nicht so, wie wir sie wollen.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.80.3**

Antragsheft 1, **Seite 45, in Zeile 80**

„Weil in ihre Verträge Neoliberalismus und Profitstreben eingeschrieben sind.“ ändern in:

Weil in ihre Verträge der Kapitalismus eingeschrieben ist.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.97.2.**

Antragsheft 1, **Seite 45, in Zeile 97**

vor „Neustart der EU“ einfügen

Wir wollen die EU und keine Kleinstaaterei; wir wollen lieber eine unfertige EU als keine EU. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen eine kapitalistische EU und eine kapitalistische Währungspolitik. Mit uns wird es kein Zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währung geben. Aber am Ende des Tages wollen wir etwas viel Besseres! Neustart der EU heißt, die Prioritäten umkehren:

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.97.3**

Antragsheft 1, **Seite 45, in Zeile 97**

„Neustart der EU heißt, die Prioritäten umkehren.“

streichen:

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.98**

Antragsheft 1, **Seite 45, Zeilen 98-100**

„Statt dass Konkurrenz [...] leben können.“

ändern in:

Statt dass Konkurrenz und Wettbewerb den Stress erhöhen und die Löhne nach unten drücken, wollen wir gute Arbeitsbedingungen und Löhne, von denen die Menschen in Würde leben können.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.104**

Antragsheft 1, **Seite 45, Zeilen 104-105**

„nicht von den [...] auf der Flucht sind.“ ändern in:

Der Wohlstand in der EU wird durch Steuerflüchtlinge bedroht, nicht durch Menschen, die vor den Folgen einer profit- und wachstumsorientierten Politik auf der Flucht sind.

#### **Begründung:**

"Unsere" Politik hat nicht zur Folge, dass Menschen auf der Flucht sind. Das hoffen wir zumindest.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.106.1.**

Antragsheft 1, **Seite 45, in Zeile 106-114**

ab „Wir wollen, dass die Jugend“ ersetzen durch

Wir sagen, Europa geht anders. DIE LINKE kämpft für ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Dies wird uns nicht geschenkt werden. Immer noch gilt: Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.112.**

Antragsheft 1, **Seite 45, Zeilen 112-113**

bis „geholfen wird.“ ersetzen durch:

Wir wollen ein Europa der Solidarität, mit offenen Grenzen nach innen und nach außen, mit Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, ein Europa, in dem alle Menschen selbstbestimmt leben können - unabhängig von Glaube, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.117.**

Antragsheft 1, **Seite 46, Zeilen 117 (ab „Sie wird uns“) - 118**

ersetzen durch:

Dies wird uns nicht geschenkt werden. Immer noch gilt: „Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!“

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.121.**

Antragsheft 1, **Seite 46, Zeilen 121(ab „Mit den Konzernen“) – 126**

Streichen

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.134.2.**

Antragsheft 1, **Seite 47, in Zeile 134,**

einfügen:

Ein Europa ohne Kapitalismus!

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.159.4.**

Antragsheft 1, **Seite 46, Zeilen 159-160**

bis „der Welt.“ ändern in:

Wir wollen das Sterben an den EU-Außengrenzen beenden. Die EU führt hier einen Krieg gegen die Geflüchteten der Welt.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.162.**

Antragsheft 1, **Seite 46, Zeilen 162**

(ab „Seenotrettung“) - 163 ändern in:

Die Festung Europa muss weg. Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Pflicht, internationales Seerecht und Selbstverständlichkeit. Mauern und Zäune müssen abgebaut und überwunden werden.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.172.2.**

Antragsheft 1, **Seite 46, in Zeilen 172-174**

„Die »Solidarität« der neoliberalen Krisenbearbeitung“ ändern in:

Die als »Solidarität« bezeichnete Krisenbewältigung hat Menschen in Armut und Verzweiflung gestürzt und einer Generation von jungen Menschen die Zukunft gestohlen.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.204.**

Antragsheft 1, **Seite 47, Zeilen 204-206**

bis „neoliberalen Politik.“ ändern in:

Wir überlassen Europa nicht den Rechten und nicht weiter den Vertretern der Kapitalinteressen. Wir sind die Alternative zum Ruck nach rechts und die einzige Alternative zu den Vertreter\*innen der Kapitalinteressen. Der Rechtsruck ist Teil einer tiefen politischen Krise und auch ein Ergebnis der einer falschen Politik.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.211.2.**

Antragsheft 1, **Seite 47, in Zeile 210/11**

„Die Macht der Superreichen und der Konzerne“ ändern in:

Der Kapitalismus

#### **Begründung:**

Für manche mag es schwer zu verstehen sein, aber das Kapital von Marx heißt aus guten Gründen „Das Kapital“ und nicht „Die Kapitalisten“ oder „Die Superreichen“. Selbst wenn alle Superreichen von heute auf Morgen all ihr Eigentum verschenken, so ändert es doch keinen Deut an den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus, der die kapitalistische Gesellschaft beherrschende Grundwiderspruch: die kapitalistische Aneignung und Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.229.2**

Antragsheft 1, **Seite 48, in Zeile 229**

ersetzen durch:

Viele bewegen sich. Sie sind die Hoffnung. Wir wollen gemeinsam mit ihnen die EU und keine Kleinstaaterei; wir wollen wie Sie lieber eine unfertige EU als keine EU. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen eine kapitalistische EU und eine kapitalistische Währungspolitik. Mit uns wird es kein Zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währung geben. Aber am Ende des Tages wollen wir etwas viel Besseres!

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.418**

Antragsheft 1, **Seite 52, in Zeile 418**

„In der EU [...] gut bestellt.“ ersetzen durch:

Das EU-Parlament ist den demokratisch kaum legitimierten Gremien Rat und Kommission massiv unterlegen und kann weder eine politische Regierung wählen noch auf eigene Initiative Gesetze beschließen. Durch die fehlende europäische Öffentlichkeit besteht ein großer Einfluss der Lobbyist\*innen. Die zentralen Verträge der EU schreiben eine Wirtschaftspolitik fest, die vielen

Menschen schadet und nur wenigen nutzt, und können durch das Einstimmigkeitsprinzip auf demokratischem Weg faktisch nicht geändert werden.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.1972.1.**

Antragsheft 1, **Seite 84, Zeilen 1972 bis 1975,**

ändern in:

Antisemitismus ist in allen Gesellschaftsschichten und politischen Richtungen vertreten, aber in einem Lager deutlich am stärksten: unter Rechtsradikalen. So wurden in der polizeilichen Kriminalstatistik (PSK) für das Jahr 2017 insgesamt 1453 antisemitische Straftaten erfasst. Die Täter waren zu über 90 Prozent Rechtsradikale. Demgegenüber lügen rechte Gruppen und Parteien wie die AfD, wenn sie behaupten, der Großteil der antisemitischen Straftaten habe einen muslimischen Hintergrund. Wir stellen uns daher auch gegen rechtspopulistische Versuche, Musliminnen und Muslime gegen Jüdinnen und Juden auszuspielen.

### **DURCH DIE EMA.LI UNTERSTÜTZTE ANTRÄGE DER GENOSSIN SABINE BERNINGER (THÜRINGEN):**

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.224.**

Antragsheft 1, **Seite 48, in Zeile 224,**

ersetzen [nicht nur in Deutschland]:

überall in Europa

#### **Begründung:**

Ein Europawahlprogramm einer solidarischen LINKEN Partei, das den europäischen Gedanken in den Vordergrund stellt, sollte sich nicht in weiten Teilen lesen wie ein Bundestagswahlprogramm. Beispiele für die Auswirkungen der europäischen Politik auf einzelne Nationalstaaten zu nennen, ist wichtig, jedoch sollte dabei nicht die Bundesrepublik in den Mittelpunkt gerückt werden.

Weitere Antragsteller\*innen: Martina Michels (Delegierte, Berlin), Sven Malsy (Delegierter, Hessen), Eva Kappl (Delegierte, Bayern), Dana Engelbrecht (Delegierte, fds, Berlin), Luise Neuhaus-Wartenberg (Delegierte, Sachsen), Frank Puskarev (Delegierter, fds, Sachsen), Steffen Harzer (Delegierter, KV Hildburghausen, Thüringen), Mirko Schulze (Delegierter, KV Görlitz, Sachsen), Sebastian Pröbster (Delegierter, Bayern), Kay Franke (Delegierter, Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt), Vera Vitzke (Delegierte, Thüringen), Katinka Mitteldorf (Delegierte, KV Nordhausen, Thüringen), Rainer Kräuter (Delegierter, KV Saalfeld-Rudolstadt, Thüringen), Patrick Beier (Delegierter KV Schmalkalden-Meiningen, Thüringen)

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.242.**

Antragsheft 1, **Seite 48, in Zeile 242 - 243,**

„Auch in Deutschland“ ersetzen durch:

Überall in Europa

**Begründung:**

siehe L.1.224.

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.250.**

Antragsheft 1, **Seite 48, in Zeile 250 - 251,**

ersetzen [Auch in Deutschland]:

In ganz Europa

**Begründung:**

siehe L.1.224.

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.290.**

Antragsheft 1, **Seite 49, in Zeile 290**

ab „- auch in Deutschland“

streichen

**Begründung:**

siehe L.1.224.

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.292.**

Antragsheft 1, **Seite 49, Zeilen 292**

(ab „Das würde für Deutschland bedeuten [...]“ - 294

streichen

**Begründung:**

siehe L.1.224.

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.312.**

Antragsheft 1, **Seite 49, in Zeile 312**

„In Deutschland“ streichen,

dann weiter: Wir wollen

**Begründung:**

siehe L.1.224.

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.316.2.**

Antragsheft 1, **Seite 50, in Zeile 316 - 321,**

ändern in:

Die mit dem EU-Vergaberecht ermöglichten Spielräume sollen in den Mitgliedsländern genutzt werden: Wer ökologisch verträglich und regional wirtschaftet und Tarifverträge oder den im jeweiligen Mitgliedsland geregelten Vergabe-Mindestlohn einhält, soll den Zuschlag bekommen.

**Begründung:**

siehe L.1.224.

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.472.**

Antragsheft 1, **Seite 53, Zeilen 472 - 479,**

streichen:

**Begründung:**

siehe L.1.224.

**ÄNDERUNGSANTRAG L.1.495.**

Antragsheft 1, **Seite 53, in Zeile 495 - 496,**

streichen ab [In Deutschland ...]:

**Begründung:**

siehe L.1.224.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.501.**

Antragsheft, **Seite 53, in Zeile 501 - 504,**

streichen:

**Begründung:**

siehe L.1.224.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.567.1.**

Antragsheft 1, **Seite 55, in Zeilen 567 – 568**

„In Deutschland [...] und Patienten

ändern in:

Viele Patientinnen und Patienten sind

**Begründung:**

siehe L.1.224.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.623.**

Antragsheft 1, **Seite 56, Zeilen 623-631**

streichen

**Begründung** (LV Sachsen):

Gehört ins Bundestagswahlprogramm.

**Begründung** ( Ema.Li):

siehe L.1.224

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.663.**

Antragsheft 1, **Seite 57, Zeilen 663-666**

streichen

**Begründung** (LV Sachsen):

In diesem Programm wollen wir unsere Vorschläge für EU und Europa formulieren. Dieser Absatz beschränkt sich ausschließlich auf die Bundesrepublik sowie auf den deutschen Mietwohnungsmarkt und ist hier daher fehl am Platz.

**Begründung** (Ema.Li):



siehe L.1.224.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.715.1.**

Antragsheft 1, **Seite 58, in Zeile 715 - 717**

„Die ostdeutschen ... Region Deutschlands.“ streichen

#### **Begründung:**

siehe L.1.224.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.715.2.**

Antragsheft 1, **Seite 58, in Zeile 715**

„Deutschlands“ ersetzen durch:

der Mitgliedstaaten

#### **Begründung:**

siehe L.1.224.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.1037.**

Antragsheft 1, **Seite 65, Zeilen 1037 – 1038**

ab „In Deutschland“ streichen

#### **Begründung:**

siehe L.1.224.

#### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.1122..**

Antragsheft 1, **Seite 66, Zeilen 1122 - 1123,**

ersetzen ab [In Deutschland ...]:

Dafür ist notwendig:

#### **Begründung:**

siehe L.1.224.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.1882.**

Antragsheft 1, **Seite 82, in Zeilen 1882 – 1883**

„, damit der Datenschutz... funktioniert“

streichen:

#### **Begründung:**

Ein Europawahlprogramm einer solidarischen LINKEN Partei, das den europäischen Gedanken in den Vordergrund stellt, sollte sich nicht in weiten Teilen lesen wie ein Bundestagswahlprogramm. Beispiele für die Auswirkungen der europäischen Politik auf einzelne Nationalstaaten zu nennen, ist wichtig, jedoch sollte dabei nicht die Bundesrepublik in den Mittelpunkt gerückt werden.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.2003.**

Antragsheft 1, **Seite 85, in Zeile 2003**

„in der EU wie in Deutschland“ ersetzen durch:

überall in der EU

#### **Begründung:**

siehe Änderungsantrag L.1.224.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.2053.**

Antragsheft 1, **Seite 86, in Zeile 2053 – 2054**

„Streichung [ ] Strafgesetzbuch ersetzen durch:

Abschaffung aller Einschränkungen des Abtreibungsrechts aus den Strafgesetzbüchern der EUMitgliedsländer.

#### **Begründung:**

siehe L.1.224.

### **ÄNDERUNGSANTRAG L.1.2125.**

Antragsheft 1, **Seite 87, in Zeile 2125**

einfügen:

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch in Österreich ab.

#### **Begründung:**

siehe Änderungsantrag L.1.224.